

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 25. Mai 1984

Blatt 1173

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet:
(grau)

Schieder: Zahlen von NEWAG-Generaldirektor
Dr. Gruber stimmen nicht

Kommunal:
(rosa)

Wiener Gemeinderat
Enquete zum Stadtentwicklungsplan am 29. Juni

Lokal:
(orange)

Sommerblumenpflanzung am Schöpfwerk
Parkplatzinformation bei der Donauinsel

.....
 Bereits am 24. Mai 1984 über Fernschreiber ausgesendet

Schieder: Zahlen von NEWAG-Generaldirektor Dr. Gruber stimmen nicht
 =++++

13 Wien, 24.5. (RK-KOMMUNAL) NEWAG-Generaldirektor Dr. Rudolf GRUBER behauptete Donnerstag, in einer Aussendung zu den Donaustaustufen Wien und Hainburg, daß die Stadt Wien täglich rund 90 Tonnen Klärschlamm über den Donaukanal in die Donau einfließen lasse. Diese Werte entsprechen nicht, so Umweltstadtrat Peter SCHIEDER, den Tatsachen. Der Umweltstadtrat meinte, daß es unverantwortlich sei, wenn der Generaldirektor eines Unternehmens wie der NEWAG mit solchen falschen Behauptungen agiert.

Schieder stellte fest, daß die belegbaren Werte für das Jahr 1983 wie folgt lauten:

Gereinigte Abwassermenge:	132,5 Millionen Kubikmeter
Schlammanfall:	46.784 t TS (Trockensubstanz)
In EBS verbrannte Schlammmenge:	45.180 t TS
Ausgeleitete Schlammmenge:	1.604 t TS

Dies ergebe, so Schieder, nach der herkömmlichen Divisionsmethode für ein Jahr (einmal geteilt durch 365) bei den 1.604 t TS des ausgeleiteten Schlammes 4,4 t im Tagesdurchschnitt. Schieder bekräftigte, daß er auch dies für schlimm halte und bekanntlich ja vor nunmehr 20 Tagen im Landtag berichtet habe, wie es durch den Umbau der EBS abgestellt werden soll. Am selben Tag sei außerdem im Gemeinderat das Projekt für die Planung des EBS-Umbaues (Auftrag an Prof. Hackl von der Technischen Universität Wien) vergeben worden. Schieder betonte gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" nochmals, daß die 4,4 t pro Tag um 4,4 t zu viel seien, weswegen auch die Frage der optimal funktionierenden Klärschlammverbrennung gelöst werden müsse. Er, Schieder, müsse es aber schärfstens zurückweisen, wenn ein verantwortlicher Generaldirektor wie Dr. Gruber hier mit Horrorzahlen agiert. Er hoffe, schloß Schieder - und nehme es eigentlich an-, daß Dr. Gruber in seinem sonstigen Aufgabengebiet sorgfältiger vorgeht. (Schluß) hs/and

NNNN

Sommerblumenpflanzung am Schöpfwerk

=++++

1 Wien, 25.5. (RK-LOKAL) Sommerblumen wachsen ab dem kommenden Wochenende in der städtischen Wohnhausanlage "Am Schöpfwerk". Umweltstadtrat Peter SCHIEDER und Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER werden die Pflanzen am Samstag zwischen 13 und 15 Uhr im Hof der Stiegen 15 bis 20 (beim Park) setzen.

Anlaß für diese Aktion war ein Ersuchen der Mieterinitiative "Schöpfwerk attraktiver gestalten", die gebeten hatte, Grünflächen und Spielplätze schöner und den Bedürfnissen besser entsprechend zu gestalten. Gestaltungsvorschläge wurden in zahlreichen Gesprächen ausgearbeitet, und etliche Mieter haben sich bereit erklärt, die Betreuung der Grünflächen selbst zu übernehmen.

Dort, wo nun die Sommerblumen gepflanzt werden, haben Mieter den Hof versuchsweise zur Selbstverwaltung übernommen, und einige Ideen zur Ausgestaltung wurden bereits verwirklicht. Die Aktion soll die Bereitschaft zu konstruktiver Zusammenarbeit zwischen Mietern und Stadtverwaltung unterstreichen. (Schluß) red/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

-++++

2 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPö) begann mit einer Fragestunde.

Auf die 1. ANFRAGE nach den Konditionen der Anstellung der Geschäftsführer des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, die GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) gestellt hatte, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPö), daß die Vertragsverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Als Grund für die lange Dauer der Verhandlungen nannte Hofmann die Pensionsansprüche eines der Geschäftsführer und erläuterte, daß angesichts dessen Alters die Berechnung relativ kompliziert ist. Dennoch hat der Fonds bereits mit Vorarbeiten begonnen.

Auf die 2. ANFRAGE von GR. ARTHOLD (öVP) nach der Erfüllung des Programms zur Schaffung von 2.000 Kleingärten, antwortete StR. Ing. HOFMANN, daß heuer 400 neue Lose geschaffen werden sollen. Maßnahmen zur Vorbereitung der Realisierung laufen bereits. Als künftige Standorte nannte Hofmann beispielsweise die Rosiwalgasse und die Hausfeldstraße. Daß die gesamte Abwicklung beim Zentralverband der Kleingärtner liegt, hat sich laut Hofmann bewährt und soll daher beibehalten werden. Um bei widmungsgerechter Neugestaltung bestehender Kleingartenanlagen Härtefälle für ältere Menschen durch finanzielle Belastungen möglichst gering zu halten, sollen versuchsweise sogenannte "Seniorengärten" geschaffen werden, die kleiner als normale Kleingärten sind.

Auf die 3. ANFRAGE von GR. HAHN (öVP) nach den Erhaltungsarbeiten in Gemeindewohnungen nach dem Mietrechtsgesetz, antwortete StR. Ing. Hofmann, daß seit dem Inkrafttreten des Gesetzes in 423 Wohnhausanlagen mit rund 82.500 Wohnungen Instandsetzungsarbeiten durchgeführt wurden. Heuer kommen weitere 17.000 Wohnungen dazu. In den nächsten Monaten wird überprüft, wo Beiträge eingehoben wurden, ohne daß schon Arbeiten begonnen haben. Die Mehreinnahmen durch die Indexregelung betragen ca. 10 Prozent.
(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

3 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Die 4. ANFRAGE wurde zurückgezogen. Auf die 5. ANFRAGE von GR. NUBBAUM (SPÖ) welche Radwege derzeit in Planung sind, sagte StR. HOFMANN (SPÖ), daß unter anderem für den Augartenweg zwischen Roßauer Brücke und Brigittenauer Brücke und für die Radwege-Anbindung an den Kafka-Steg Wirtschaftlichkeitsbesprechungen abgehalten wurden. In Vorbereitung sind eine Reihe von Projekten wie der Laxenburg-Radweg im Abschnitt Urania-Südtiroler Platz und im Abschnitt Reumannplatz-Grenzackerstraße und der Donauweg im Abschnitt Kagran-Leopoldau. Weitere Projekte sind u.a. der Rosenhügelweg, der Wientalweg, der Floridsdorferweg und der Stammersdorferweg. Hofmann sprach sich vor allem für Radwege aus, die für die Freizeitgestaltung genutzt werden können, schloß aber die Nutzung des Fahrrades als tägliches Verkehrsmittel vor allem in den Außenbezirken nicht aus.

Auf die 6. ANFRAGE nach dem derzeitigen Stand der Sanierung und Modernisierung der Berufsschulen sagte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ), daß in den letzten Jahren rund vier Milliarden Schilling für diesen Zweck aufgewendet worden sind. Neben der Modernisierung der bestehenden drei Zentralberufsschulen, die durchgeführt wurde, wurde eine vierte Zentralberufsschule in der Apollogasse eingerichtet. Vor kurzem erfolgte der Spatenstich für die 5. Zentralberufsschule für das KFZ-Gewerbe im 21. Bezirk. Verbesserungen der Berufsschulausbildung sind für die Sparte der Gärtner und Bäcker vorgesehen. Auch bei den technischen Einrichtungen gehen die Berufsschulen mit der Zeit. So wurden 1983 die Schulen auch mit Computern und Videorecordern ausgerüstet.
(Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die 7. ANFRAGE von GR. Dr. NEUBERT (ÖV), wie weit das Projekt der Pfannhauernquelle gediehen sei, sagte StR. SCHIEDER (SPö), daß der wasserrechtliche Bewilligungsbescheid mit November des Vorjahres Rechtskraft erlangt hat. Auch der Wasserwirtschaftsfonds hat ein Darlehen zugesagt. Die Entschädigungsverhandlungen mit der STEWEAG sind abgeschlossen. Auf die Zusatzfrage, ob er bereit sei, den Kontrollamtsbericht über die Wirtschaftlichkeit der Pfannbauernquelle herauszugeben sagte Schieder, daß demnächst eine Wirtschaftlichkeitsbesprechung durchgeführt wird, bei der alle Unterlagen zur Verfügung stehen. Auf die zweite Zusatzfrage, ob auch andere Quellen zur Versorgung mit Trinkwasser herangezogen werden sollen, betonte Schieder, die Versorgung mit gesundem Wasser ist eine Prioritätenfrage für Wien. Dazu gehört auch die qualitative und quantitative Sicherung des Lobaugrundwassers. Alle Vorarbeiten für die Grundwassergewinnung auf der Donauinsel werden durchgeführt. Er, Schieder, trete auch dafür ein, daß die dritte Wasserleitung bald in Betrieb gehen soll.

Auf die 8. ANFRAGE von GR. Ing. RIEDLER (SPö), welche Möglichkeiten zur Reduzierung der Lärm- und Abgasbelastigung durch die Garage der MA 48 in der Einsiedlergasse bestehen, sagte StR. Schieder, daß nur eine Absiedlung der Großgarage einen Erfolg brächte. Für einen Neubau würden Mittel in der Höhe von 200 Millionen erforderlich sein. Es gibt auch Überlegungen für einen neuen Standort. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die 9. ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), ob die Stadt Wien alle Möglichkeiten im Zusammenhang mit dem Bau des Marchfeldkanals ausschöpft, erklärte Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ), derzeit laufe ein öffentlicher Wettbewerb für dieses Projekt. Die Ergebnisse des Wettbewerbes werden Ende des Jahres vorliegen. Es wird darauf ankommen, für diesen in einer Länge von 7,3 Kilometer auch über Wiener Gebiet gehenden Kanal eine optimale Einbindung in die städtische Verbauung und in den ländlichen Raum zu erreichen.

Auf die 10. ANFRAGE von GR ARTHOLD (ÖVP), welche Maßnahmen im Interesse Wiens getroffen werden müßten, falls die Staustufe Wien der Staustufe Hainburg vorgezogen wird, erklärte StR. HATZL (SPÖ), die Entscheidungen über die Donaukraftwerksbauten werden nicht von der Stadt Wien, sondern von der Verbundgesellschaft getroffen. Die Verbundgesellschaft beabsichtigt jedoch, Hainburg vor Wien zu errichten. Über eventuelle Probleme der Staustufe Wien kann erst dann gesprochen werden, wenn für diese eine Planung vorliegt.
(Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

-++++

6 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) In der 11. ANFRAGE erkundigte sich GR. Dr. Michael HAUPL (SPÖ), wie die Übernahme der Unterstützungserklärungen für den Einleitungsantrag des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens in Wien organisatorisch gelöst wurde. StR. Friederike SEIDL (SPÖ) führte aus, daß die Unterstützungserklärungen in allen magistratischen Bezirksämtern entgegengenommen werden. Jeder Bürger, der in der Wiener Wählerevidenz eingetragen ist, könne, ungeachtet seiner Bezirkszugehörigkeit, in jedem beliebigen Bezirksamt die Unterstützungserklärung beglaubigen lassen. Die Magistratsabteilung 62 überprüft anschließend die Unterstützungserklärungen anhand der Wählerevidenz. Kann die Bestätigung nicht erteilt werden, weil die Unterstützungswilligen nicht in der Wiener Wählerevidenz aufscheinen, so werden die Unterfertigten schriftlich davon verständigt. Auf die ZUSATZFRAGE, ob Unterstützungswillige, die über kein Formular verfügen, in den Bezirksämtern abgewiesen werden, sagte StR. Seidl, daß auf ihre Weisung die Organisatoren in allen magistratischen Bezirksämtern Leerformulare auflegen konnten.

Die 12. ANFRAGE betraf die von StR. Friederike SEIDL gestartete Nahversorgungsuntersuchung. GR. Maria PAUL (SPÖ) fragte, wie hoch die Beteiligung der Simmeringer Haushalte bis jetzt ist. Seidl führte aus, daß von den rund 28.000 Simmeringer Haushalten mit Wohnbevölkerung bis zum Stichtag 24. Mai 4.765 ausgefüllte Fragebogen an ihr Büro gesandt wurden. Das bedeute eine Beteiligung von 17 Prozent. Dieses gute Ergebnis unterstreiche das Interesse der Bevölkerung an Konsumentenfragen und an dieser Untersuchung. Auf die ZUSATZFRAGE, ob diese hohe Beteiligung darauf schließen lasse, daß es in Simmering eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Versorgungslücken gibt, sagte Seidl, daß diese Schlußfolgerung nicht richtig sei, da nach stichprobenartiger Durchsicht festgestellt wurde, daß sich auch viele Konsumenten an der Befragung beteiligt haben, ohne konkrete Wünsche zu äußern. Erste Auswertungsergebnisse werden Mitte Juli vorliegen. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) In der 13. ANFRAGE wünschte GR. Mag. KAUER (öVP) Auskunft darüber, wie die Ergebnisse der Volkszählung 1981 in bezug auf die in Wien wohnhaften ausländischen Staatsbürger ausgewertet werden. StR. SEIDL (SPö) wies darauf hin, daß die Zahl der Ausländer und deren Verteilung auf die 23 Wiener Gemeindebezirke bereits in den Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien, Jahrgang 1983, Heft 1, veröffentlicht wurden. Im demnächst erscheinenden Heft dieser Schriftenreihe wird weiters eine umfassende Darstellung über die Situation der Ausländer in Wien, im speziellen der Gastarbeiter, geboten. Die Volkszählungsergebnisse vom 12. Mai 1981 werden einerseits über die kleinräumige Verteilung der Ausländer und andererseits über Alter, Geschlecht, Familienstand, Berufstätigkeit usw. Auskunft geben. In einer ZUSATZFRAGE erkundigte sich Kauer, ob für die ungarisch sprechenden Ausländer besondere Maßnahmen wie beispielsweise die Einrichtung eines eigenen Büros für den ungarischen Zentralverband geplant seien. StR. Seidl antwortete, daß an sie noch keine Wünsche herangetragen wurden. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

-++++

8 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die 14. ANFRAGE von GR. BROSCHE (SPö) nach der Finanzierung der Sanierung und allfälligen Überdachung des Praterstadions antwortete StR. MAYR (SPö), daß die "Wiener Stadthalle-Kiba" die Durchführung dieser Arbeiten übernommen hat, der Bund trägt die Hälfte der Kosten. Die Höhe der Kosten wird voraussichtlich bei 435 Millionen liegen, wovon heuer noch rund 100 Millionen verbaut werden sollen.

Auf die 15. ANFRAGE von GR. Ing. WORM (öVP), wieviele Mitarbeiter der Stadtwerke an der Demonstration für Hainburg teilgenommen haben, antwortete StR. HATZL, daß er diese Zahlen nicht erfaßt habe, und er verwies darauf, daß viele Mitarbeiter auch in ihrer Freizeit gekommen sind. Daher lasse sich die Vermutung von GR. Worm, bei geschätzten 3.000 Mitarbeitern seien Kosten von 7,5 Millionen Schilling entstanden, nicht bestätigen. Abgesehen davon vertrete er, Hatzl, den Standpunkt, daß jeder das Recht haben müsse, an einer Demonstration oder Kundgebung, die von der Gewerkschaft organisiert wird, teilzunehmen. Er unterstrich, daß erst kürzlich eine Demonstration stattgefunden habe, die von einer öVP-dominierten Gewerkschaft organisiert worden war, dagegen habe es keine kritischen Stimmen gegeben. (Forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Anträge, Anfragen

=++++

9 Wien, 2.5. (RK-KOMMUNAL) Folgende von der ÖVP gestellten Anfragen und Anträge wurden zugewiesen: eine Anfrage, durch welche Maßnahmen Energieeinsparungen für die Beheizung in Objekten der Stadt Wien erzielt wurden, und eine Anfrage, in wie vielen Fällen vom Sozialamt Zuschüsse zu den Kosten für Schwangerschaftsunterbrechungen gewährt wurden; weiters Anträge betreffend die Umplanung des weiteren Ausbaues der A 21, betreffend die monatliche Einhebung von Strom- und Gasrechnungen, betreffend die Verständigung vor Ablauf der Benützungsdauer von Grabstellen auf städtischen Friedhöfen, betreffend die Schaffung eines Parkes in der Piaristengasse 22, betreffend die Auswechslung des Sandes in den Spielsandkisten für Kleinkinder, betreffend die Überprüfung der Gasleitungen in Häusern, die an Abbruchhäuser grenzen, betreffend die bessere Organisation der Führungen in Schloß Schönbrunn und schließlich ein Antrag betreffend die Aufhebung des Schienenparkverbotes. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Rechnungshofbericht

=++++

10 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) StR. Ing. Fritz HOFMANN beantragte die Kenntnisnahme des Rechnungshofberichtes über Teilgebiete der Gebirgung der Stadt Wien der Jahre 1977 bis 1981, wobei vor allem Fragen der Stadtentwicklung behandelt wurden. Hofmann sagte, es gehe hier vor allem um planungstheoretische Auseinandersetzungen zum Stadtentwicklungsplan.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, der Bericht des Rechnungshofes weise auf die Tatsache hin, daß die Stadtentwicklung in Wien nach wie vor nicht genügend geplant sei. Raumplanung und Finanzierung seien nicht koordiniert, Zeit-, Kosten- und Investitionspläne lägen nicht in genügendem Ausmaß vor. Neue bürokratische Apparate zur Stadterneuerung dokumentierten die Flucht vor der eigenen Verwaltung.

Der Rechnungshof weise auch nach, daß die Brigittenauer Brücke aus verkehrstechnischer Sicht nicht notwendig sei. Hier bleibe zumindest die Frage offen, warum dieses Bauwerk in diesem überdimensionierten Ausmaß gebaut worden sei. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Rechnungshofbericht
=++++

11 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. MAYR (ÖVP) befaßte sich mit den Aussagen des Rechnungshofes zum Stadtentwicklungsplan. Der Redner verwies darauf, daß er bereits bei der Budgetdebatte 1982 verlangt habe, daß zum Stadtentwicklungsplan auch die Kosten, Finanzierungsvorschläge und Prioritäten bekanntgegeben werden müßten. "Der Rechnungshofbericht bestätigt meine Auffassung eindrucksvoll". Der Rechnungshof komme zur Ansicht, daß Wien bis zum Jahr 2000 Investitionen in Höhe von rund 239 Milliarden finanzieren müßte. Diese Zahlen seien unbestritten. Das würde bis zum Jahr 2000 eine jährliche Ausgabensumme von 12,5 Milliarden bedeuten; dem standen in den letzten Jahren lediglich Investitionsausgaben in Höhe von rund neun Milliarden gegenüber. Dr. Mayr forderte den Finanzstadtrat auf, dafür zu sorgen, daß Prioritäten gesetzt und die Finanzierbarkeit erarbeitet werden soll, "sonst bleibt ein Stadtentwicklungsplan unrealistisch, eine Illusion". (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Rechnungshofbericht
-++++

13 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) begrüßte den Vorschlag seines Vorredners, mit den Prüfungsbeamten des Rechnungshofes zu diskutieren und schlug vor, daß Rechnungshofberichte im Kontrollausschuß vorberaten werden. Der vorliegende Rechnungshofbericht bestätige die Befürchtungen, daß an der Misere der Wohnbaugenossenschaften die mangelnde Aufsicht durch die Stadt Wien maßgeblich mitschuldig sei. Als Beispiel dafür führte Hirnschall an, daß im Dezember 1982 bei fünf Wohnbaugenossenschaften die Prüfung für das Jahr 1980 noch nicht vorgenommen worden war. Weiters kritisierte Hirnschall die ungenügende Auswertung vorliegender Prüfberichte. Hirnschall forderte die Kontrolle der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften durch das Kontrollamt, wie dies in der Steiermark jetzt der Fall sei. Weiters soll im Rahmen der MA 50 eine Servicestelle für Genossenschaftsmitglieder eingerichtet werden.

Zu der Rechnungshofkritik an den zu hohen Ausstattungs- und Folgekosten der Dienstkraftwagen von Spitzenpolitikern bemerkte Hirnschall, daß Politikern eine besondere Vorbildfunktion auch in diesem Bereich zukomme. Er forderte ein gesteigertes Energiebewußtsein beim Ankauf von Dienstkraftwagen. (Forts.) lei/ko

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Rechnungshofbericht

=++++

14 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungshofbericht bestätige alle im Volksmund für die Brigittenaue Brücke gebrauchten Wörter, erklärte GR. Dr. NEUBERT (ÖVP). Diese Brücke sei eben eine unnötige und sinnlose Brücke, eine Geister- und Torsobrücke. Mit den 1,6 Milliarden Schilling hätte man mehr als 10.000 Parkplätze errichten können oder 1.500 Kilometer Radfahrwege.

GR. OBLASSER (SPÖ) warf in seiner Wortmeldung Neubert vor, Äpfel und Birnen zu verwechseln. Die Brigittenaue Brücke wurde aus Bundesmitteln gebaut, und man hätte mit diesen Geldern keine Gemeindeaufgaben finanzieren können. Die Brücke sei als Reservekapazität notwendig, in der Frühspitze fahren derzeit 1.250 Fahrzeuge darüber. Den Katschbergtunnel benutzen im Vergleich dazu bloß 6.300 Fahrzeuge pro Tag, und auch für den Plabutschunnel werden nur 5.000 Fahrzeuge pro Tag erwartet.

Generell zeichne der Rechnungshofbericht kein schlechtes Bild von der Wiener Verwaltung. In anderen Bundesländern, zum Beispiel in Niederösterreich, sei die Kritik verheerend ausgefallen. Man solle auch nicht übersehen, daß sich auch der Rechnungshof irren kann: Vor Jahren kritisierte er den Bau der U-Bahn-Station Stephansplatz. Zum Glück sind die Politiker nicht dem Rechnungshof gefolgt, denn die Station Stephansplatz trägt sicher zur Belebung der Innenstadt bei. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Rechnungshofbericht

++++

16 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Er sehe die kontrollierenden Stellen als partnerschaftliche Institutionen an, sagte StR. Ing. HOFMANN in seinem Schlußwort, sie erbringen ernstzunehmende Beiträge zur Gesamtleistung. Was die Stellungnahmen zum Stadtentwicklungsplan betrifft, meinte Hofmann, der Bericht komme zu früh, denn dem Gemeinderat werde voraussichtlich im Herbst ein Stadtentwicklungsplan vorliegen, der sich wesentlich von dem unterscheiden werde, was der Rechnungshof zu prüfen hatte. Vor der Beschlußfassung über den Stadtentwicklungsplan werde es am 29. Juni eine Enquete geben, um sicherzustellen, daß möglichst viele Stellungnahmen abgegeben werden können. Dann werden die städtischen Fachdienststellen die Wünsche an den Stadtentwicklungsplan nach Möglichkeit in den ursprünglichen Entwurf einarbeiten.

Die Kritik an Bau und Dimensionierung der Brigittenauer Brücke wies Hofmann unter Hinweis auf Straßenprojekte in anderen Bundesländern zurück, die trotz wesentlich geringerer Verkehrsbelastung realisiert wurden. Wenn in wenigen Jahren der Bundesstraßenbau in West- und Mittelösterreich abgeschlossen sein wird, hoffe er, daß die ÖVP notwendige Vorhaben in Ostösterreich unterstützen werde. Was die diskutierte Gürteluntertunnelung betrifft, sagte Hofmann, in dieser Frage werde die Stellungnahme der Fachleute abgewartet.

Abschließend nahm Hofmann zur Prüfung der Wohnbaugesellschaften Stellung und unterstrich die Verbesserungen, die bereits erzielt werden konnten. In diesem Zusammenhang nannte Hofmann die Überprüfung der gemeinnützigen Wohnbauträger durch neue Einrichtungen der Stadt Wien, und er betonte, die verstärkte Prüfung sei nicht etwa deshalb notwendig, weil die Bauträger schlechter geworden sind, sondern weil die wirtschaftlich schwierigeren Zeiten die Situation bei den "Gemeinnützigen" noch mehr als bisher angespannt haben.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungshofbericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Wohnbauprogramm

=++++

17 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) beantragte die Fortsetzung des Wohnbauprogrammes der Stadt Wien in den Jahren 1984 bis 1986. Hofmann wies darauf hin, daß die Aufnahme eines Grundstückes in das Wohnbauprogramm nicht den Baubeschluß, sondern die Untersuchung der Eignung für eine Wohnbebauung oder für Sanierungsmaßnahmen an einem bestehenden Haus bedeute.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) kritisierte die aus Zeitmangel fehlende Möglichkeit, das Programm in seinen Einzelheiten vor der Beschlußfassung im Ausschuß zu diskutieren. Gerade in diesem Fall sei auch die genaue jeweilige Ortskenntnis notwendig, was einen gewissen Zeitaufwand erfordere. Petrik sagte, daß viele der angeführten Projekte im Sinn der Stadterneuerung zu begrüßen seien und die ÖVP daher dem Antrag zustimmen werde. Er forderte allerdings eine getrennte Abstimmung für vier geplante Projekte. Das Projekt Kirchengasse 36 in Wien 7 lehne die ÖVP ab, da das dort bestehende Biedermeierhaus revitalisiert werden könne. Überdies sei hier geplant, auf dem Weg eines Neubaus einen Durchgang zu den dahinterliegenden Gründen zu schaffen, was die Bevölkerung ablehne. Das Projekt Schottenfeldgasse 37 eigne sich besser für eine Hochgarage als für einen Wohnbau, der von der ÖVP ebenfalls abgelehnt werde. Auch das Projekt Grieshofgasse 12 in Meidling sei abzulehnen, da sich das dort bestehende Haus für eine Revitalisierung anbiete. Schließlich lehne die ÖVP auch das Projekt Schiffmühlenstraße 73 in der Donaustadt ab, da in diesem Bereich eine großflächige Verbauung zu befürchten sei, die - Hand in Hand mit dem Abbruch der bestehenden Volksschule - eine tiefgreifende Änderung der bestehenden Struktur des Gebietes befürchten lasse. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Wohnbauprogramm

=++++

18 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) GR. LUSTIG (SPÖ) bezeichnete das zu beschließende Wohnbauprogramm als klares "Ja" zur Stadterneuerung. Gerade in den dicht verbauten Stadtvierteln wird die Stadterneuerung ernst genommen.

Zum Objekt 7., Kirchengasse 36, stellte Lustig fest, daß der Abbruch aus wirtschaftlichen Gründen beschlossen wurde. Eine Renovierung ist für die Mieter nicht verkraftbar. Ein Neubau wird alle Auflagen erfüllen. In der Schottenfeldgasse wird ein Straßentrakt mit dahinterliegender Grünfläche errichtet. Er könne nicht verstehen, sagte Lustig, warum die ÖVP eine Hochgarage anstelle einer Grünfläche wolle. Auch in der Grieshofgasse 12 besteht die Möglichkeit, einen Straßentrakt mit einer Grünfläche zu errichten. In der Donaustadt, in der Schiffmühlenstraße 73, hat die Schulverwaltung keinen Bedarf. Daher sind auch schulpolitische Überlegungen mit einzubeziehen.

In seinem Schlußwort bestätigte StR. HOFMANN, daß die Liste des Wohnbauprogrammes der ÖVP verspätet übergeben wurde. "Es wird nicht mehr vorkommen."

ABSTIMMUNG: Die vier Objekte Kirchengasse 36, Schottenfeldgasse 37, Grieshofgasse 12 und Schiffmühlenstraße 73 wurden mit den Stimmen der SPÖ, die übrigen Objekte einstimmig angenommen. (Forts.)
fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Sonderrücklage für den Stadterneuerungsfonds

=++++

19 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPö) beantragte die Bildung einer Sonderrücklage von 400 Millionen Schilling als Stammvermögen des im März gegründeten Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) erklärte, daß der Fonds aus zwei Gründen mit einem Fehlstart beginne: Seit der Gründung des Fonds vor zwei Monaten konnte die Arbeit nicht aufgenommen werden, weil mit den drei Geschäftsführern noch keine Einigung über die Höhe der Bezüge und die Pensionsansprüche erzielt werden konnte. Weiters kritisierte Hirnschall, daß StR. Hofmann die privaten Hausbesitzer aufgerufen habe, ihre Althäuser dem Fonds zu verkaufen. Primär sollten die Mittel des Fonds für die Sanierung von Althäusern und nicht für deren Ankauf verwendet werden. Aus diesen beiden Gründen könne seine Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

GR. Dr. SWOBODA (SPö) führte aus, daß die Vorbereitungsarbeiten für den Fonds laufen. Die Verhandlungen mit den Geschäftsführern beweisen, daß niemand daran denke, Pfründen zu verteilen. Für den Abschluß der Dienst- und Pensionsverträge der Geschäftsführer gibt es von beiden Vertragspartnern sehr klare Vorstellungen von Leistung und Gegenleistung, die nach sorgfältiger Abwägung nach dem Leistungsprinzip zu Verhandlungsergebnissen führen werden. Zur Kritik, daß die Mittel des Fonds durch den Ankauf von Althäusern sinnwidrig gebunden werden, stellte Swoboda fest, daß auf keinen Fall Liegenschaften gehortet, sondern notfalls vor dem Verfall gerettet werden sollen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPö und öVP genehmigt. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Ankauf von EDV-Geräten

=++++

20 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) GR. HOLUB (SPö) beantragte den Ankauf von Mikrocomputern für die Datenverarbeitung.

GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (öVP) forderte, man solle den Vorgang der Datensammlung für jeden transparent machen. Sie stellte den Antrag, in Wien einen Datenschutzanwalt einzurichten, der eine Einsichtnahme der Bürger sicherstellt. In einem weiteren ANTRAG verlangte Schlick die Vorlage eines Berichtes an den Wiener Gemeinderat über das Konzept und die Arbeitsweise der Datenverarbeitung in Wien.

GR. Mag. ZIMA (SPö) erklärte, daß die Einrichtung eines Wiener Datenschutzanwaltes wegen der derzeitigen Gesetzeslage rechtlich unmöglich ist. Das auch von der öVP mitbeschlossene Datenschutzgesetz sieht nur die beim Bund eingerichtete Datenschutzkommission vor. Man solle auch sehen, daß Wien alle Bestimmungen des Datenschutzgesetzes peinlichst genau einhält, und daß als "Fleißaufgabe" alle Anwendungen der Datenverarbeitung im Amtsblatt der Stadt Wien veröffentlicht werden.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. Die beiden öVP-Anträge wurden dem Gemeinderatsausschuß für "Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz" zur Behandlung zugewiesen. (Forts.) sei/ap

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Exportförderung

=++++

21 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHMIDTMEIER (SPö) beantragte 70 Millionen Schilling weitere Widmungseinlage bei der Z-Export- und Handelsbank zur Exportförderung. Schmidtmeier erläuterte, daß im Rahmen der seit September 1979 laufenden Aktion Klein- und Mittelbetriebe aus Handel, Gewerbe und Industrie Unterstützungen für den Export österreichischer Güter erhalten. Bisher sind es insgesamt über 200 Exporteure gewesen, die Kredite von insgesamt 390 Millionen erhalten haben, wodurch Exporte von zwei Milliarden ermöglicht wurden.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) unterstrich die große Bedeutung des Exportes für die österreichische Wirtschaft, bedauerte aber, daß die Ingenieurleistungen weiterhin von ausländischen Experten erbracht werden, nach deren Konzepten und Normen sich die österreichischen Exporteure, die an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit kalkulieren müssen, zu orientieren haben. Man sollte daher überlegen, auch das Risiko österreichischer Ingenieurleistung im Ausland ähnlich abzusichern wie den Export von Waren.

In seinem SCHLUSSWORT erklärte GR. SCHMIDTMEIER (SPö), es gebe wohl verschiedene geeignete Bundesförderungen im Sinne der Vorschläge von GR. Pawkowicz, dennoch sollten seine Anregungen eingehend überlegt werden.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Waschpreise an Mewa-Habsburg

=++++

22 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) GR. KREMNIETZER (SPÖ) beantragte eine Erhöhung von 7,7 Prozent für die Waschpreise, die die Stadt Wien der Firma MEWA-Habsburg für die Reinigung der Wäsche von Kinder- und Jugendheimen zahlt.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) sagte, er wende sich nicht gegen die Erhöhung des Entgelts an die Firma Mewa-Habsburg, er möchte aber darauf hinweisen, daß diese Firma am Kaisermühlendamm eine nicht genehmigte Betriebsanlage betreibt. Gegen die von der Behörde verfügten Auflagen zur Säuberung der Emissionen dieser Anlage habe die Firma Mewa-Habsburg Einspruch erhoben, womit für die Bevölkerung in der Umgebung weiterhin gesundheitsschädigende Auswirkungen zu befürchten seien. Zwar sei die Absiedlung dieser Anlage in zwei Jahren geplant, es müsse jedoch bereits jetzt dringend Abhilfe für die betroffene Bevölkerung gefordert werden.

In seinem Schlußwort sagte GR. KREMNIETZER (SPÖ), es gebe in der Frage der Betriebsanlage am Kaisermühlendamm noch keine rechtskräftige Entscheidung. Die Debatte darüber müsse im zuständigen Gremium geführt werden.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Rechnungshofbericht über Tauern-Kraftwerke

=++++

23 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat HATZL (SPÖ) stellte den Antrag, der Gemeinderat möge das Ergebnis der Gebarungsprüfung des Rechnungshofes bei der Tauernkraftwerke AG und der Kesselfall-Alpenhaus GesmbH. Salzburg zur Kenntnis nehmen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) betonte, der Rechnungshofbericht enthalte eine Reihe von Ungereimtheiten, die abgestellt werden müssen. Da StR. Hatzl Aufsichtsrat bei der Tauernkraftwerke-AG sei, würde es ihn interessieren, wie er als Vertreter Wiens dort agiere.

StR. HATZL teilte mit, daß er erst seit drei Wochen im Aufsichtsrat vertreten sei. Er werde aber dort eine Reihe von Fragen stellen und Auskünfte verlangen. "Mir gefällt der Rechnungshofbericht nicht".

ABSTIMMUNG: Einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 14 Uhr.

ENDE DES SITZUNGSBERICHTES

(Schluß) fk/ko

25. Mai 1984

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1191

Parkplatzinformation bei der Donauinsel

=++++

12 Wien, 25.5. (RK-LOKAL) Ab dem kommenden Wochenende ist die
Parkplatzinformation beim Südteil der Donauinsel wieder in Funktion.
Auf Tafeln bei der Abfahrt der Südost-Tangente, bei der Straße Am
Kaisermühlendamm und beim Verteilerkreis werden die Autofahrer über
eventuell noch freie Parkplätze informiert. (Schluß) hs/ko

NNNN

Enquete zum Stadtentwicklungsplan am 29. Juni

++++

15 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN gab in der Sitzung des Gemeinderates am Freitag bekannt, daß am 29. Juni eine große Enquete zum Stadtentwicklungsplan stattfinden wird. Damit wird die Diskussionsphase über den Stadtentwicklungsplan abgeschlossen. Anschließend werden die Magistratsdienststellen noch mit der Einarbeitung der Diskussionsbeiträge in den endgültigen Entwurf beschäftigt sein, der im Herbst dieses Jahres, voraussichtlich im Oktober oder November, dem Wiener Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird. (Schluß ger/ko

NNNN